

# Landkreis Teltow-Fläming

Dezernat III  
**Umweltamt** / Untere Naturschutzbehörde  
Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 06.05.2021  
Auskunft: Frau Batsch / Herr Jonelat  
Zimmer: B4-3-01  
Telefon: 03371.608-2505  
Aktenz.: 40721/21/672

Dezernat IV  
A 80 Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung  
A 80.2 SG Kreisentwicklung  
Zinnaer Straße 34  
Frau Reiter



## **Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde zur 1. Änderung der Klarstellungssatzung sowie zur Ergänzungssatzung der Stadt Ludwigsfelde, Ortsteil Kerzendorf**

### ***Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 34 Abs. 6 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB***

Meiner Stellungnahme liegen die folgenden am 12.04.2021 im Umweltamt, SG Untere Naturschutzbehörde, eingegangenen Unterlagen zu Grunde:

- Begründung mit Planzeichnung (Stand: 28.01.2021)

☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

☒ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

**Aus naturschutzrechtlicher Sicht ist momentan die Verwirklichung der beabsichtigten Planung nicht möglich, weil dem Vorhaben rechtliche Vorgaben entgegenstehen, die ohne Zustimmung der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.**

#### **1. Einwendungen**

**Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können**

##### **a) Einwendung:**

###### **1. Eingriffsregelung**

Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde sind die Voraussetzungen entsprechend § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB für die Einteilung der Fläche K1 als Klarstellungsfläche nicht erfüllt. Vielmehr sollte die Fläche K1 als Ergänzungsfläche entsprechend § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB beurteilt werden.

Entsprechend § 18 Abs. 1 BNatSchG sind unter anderem auf Grund der Änderung bzw. Ergänzung von Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB bei zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden.

Anhand der Biotopstrukturen auf den Flächen K1 und E1 sind entgegen der dargestellten Auffassung aus der Begründung zur 1. Änderung derzeit erhebliche Eingriffe in das Schutzgut Arten und Biotope zu erwarten. Der ökologische Wert der Fläche E 1 als Wiese wird unterschätzt. Über die Fläche K 1 werden keine weiteren Angaben über die Biotopausstattung getätigt. Anhand eines aktuellen Luftbildes ist eine Brachfläche zu vermuten. Gerade der Verlust von Offenlandbiotopen, auch wenn sie nicht unter den Biotopschutz fallen, stellt aufgrund ihres vielfältigen Artenspektrums und ihrer Funktion als Lebensraum für Tiere und Pflanzen erhebliche Eingriffe in Natur und Land-

schaft dar. Beispielhaft seien hier die Artengruppen der Insekten, der Reptilien und der Vögel benannt.

In der Begründung zur 1. Änderung der Klarstellungssatzung wurde auf den Verlust dieser Biotope und ihrer entsprechenden Artenausstattung sowie die erforderliche Kompensation nicht eingegangen. Lediglich der Eingriff in das Schutzgut Boden für die Fläche E1 wurde grob bilanziert.

Aufgrund fehlender Kartierungen bzw. Potenzialabschätzungen ist eine Prüfung der Erheblichkeit der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft noch nicht möglich.

## 2. Artenschutz:

Vorliegend sind die Belange des besonderen Artenschutzes gemäß § 44 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu berücksichtigen. Die artenschutzrechtliche Prüfung im Begründungstext weist folgende Mängel auf:

- Alle drei Flächen waren vorher weder im FNP noch in der alten Abrundungssatzung als Bebauungsflächen vorgesehen. Insofern ist für alle Flächen zu prüfen, ob die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote bei einer Baurealisierung eingehalten werden können. Eine artenschutzrechtliche Prüfung liegt lediglich für die Ergänzungsfläche E1 vor. Für K1 und K2 fehlt die Betroffenheitsanalyse. Somit bleibt unklar, ob dort eine spätere Bebauung an den Belangen des besonderen Artenschutzes scheitern könnte.
- Die Betroffenheitsanalyse für E1 auf Grundlage einer Potenzialabschätzung ist fachlich zum Teil nicht nachvollziehbar. Die Abbildung auf S. 14 der Begründung sowie aktuelle Luftbilder zeigen Brachestadien und lassen somit sowohl Revierpotenziale für gefährdete Agrarvogelarten wie das Braunkehlchen als auch Lebensräume der Zauneidechse vermuten. Weder Bodenbrüter noch die Zauneidechse werden in der Artenschutzprüfung im Sinne eines Worst-Case-Szenarios für diesen Bereich benannt. Artenschutzrechtliche Konfliktpotenziale werden in der Folge nach Auffassung der Unteren Naturschutzbehörde unterschätzt.

Eine abschließende Prüfung ist aufgrund der o. g. Mängel noch nicht möglich.

## **b) Rechtsgrundlagen:**

### Zu 1.)

§ 14 BNatSchG, § 18 Abs. 1 BNatSchG, § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 3 BauGB, § 1a BauGB i.V.m. § 15 BNatSchG

### Zu 2.)

§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

## **c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen):**

### Zu 1.)

Um die Auswirkungen der Planung auf das Schutzgut Arten und Biotope konkret beschreiben zu können, ist die Erbringung einer aktuellen Biotopkartierung für die Flächen K1 und E1 erforderlich. Anhand dieser Kartierung sind die negativen Auswirkungen der Planung auf das Schutzgut Arten und Biotope darzustellen und entsprechend der Handlungsanleitung zum Vollzug der Eingriffsregelung zu bilanzieren (vgl. HVE 2009).

### Zu 2.)

Auf Grundlage der Biotopkartierung ist eine Potenzialabschätzung zu prüfrelevanten Artenvorkommen vorzunehmen. Dabei ist ein Worst-Case-Szenario anzusetzen. Für E1 sind potenzielle Vorkommen von Bodenbrütern der Agrarlandschaft sowie der Zauneidechse in der Artenschutzprüfung abzuhandeln oder nachvollziehbare Argumente zu liefern, warum die Arten in dem Bereich sicher ausgeschlossen werden können.



## 2. Fachliche Stellungnahme

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens:

X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

1. Naturdenkmale in Brandenburg sind nicht mehr entsprechend § 23 BbgNatSchG geschützt, sondern entsprechend § 28 BNatSchG.
2. Die Allee Nr. 400 mit der Reg.-Nr. B0781 verfügt nicht mehr über den Schutzstatus eines Naturdenkmals entsprechend der Verordnung zur Festsetzung von Naturdenkmalen im Landkreis Teltow-Fläming (ND-VO TF).
3. Alleen in Brandenburg sind im § 17 BbgNatSchAG geschützt und nicht im § 31 BbgNatSchG.
4. Im Begründungstext werden für die Eingriffe in das Schutzgut Boden Ersatzpflanzungen von Bäumen mit einem Stammumfang von 16 cm gefordert. Das ist widersprüchlich zur geforderten Größe in der Pflanzliste. Dort wird ein Stammumfang von 12 - 14 cm angegeben.

Mit freundlichen Grüßen

  
B. Paul  
Sachgebietsleiterin

## **Gesetzliche Grundlagen und weiterführende Literatur:**

### **BauGB**

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. August 2020 (BGBl. I S. 1728)

### **BNatSchG**

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51 S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

### **BbgNatSchAG**

Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3, Nr. 21), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes und der Naturschutzzuständigkeitsverordnung vom 25.09.2020 (GVBl. I Nr. 28)

### **NatSchZustV**

Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes und der Naturschutzzuständigkeitsverordnung vom 25.09.2020 (GVBl. I Nr. 28)

### **Naturdenkmale Teltow-Fläming (ND-VO TF)**

Verordnung zur Festsetzung von Naturdenkmälern (Hohlformen, Quellen/Salzaustritte, Moore, Moorseen, Feuchtwiesen, natürliche Bachläufe) im Landkreis Teltow-Fläming vom 27.04.2015 (veröffentlicht im Amtsblatt des Landkreises Teltow-Fläming Nr. 16, S. 12 ff. vom 18. Mai 2015)